



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

143. Ratssitzung vom 4. Juni 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2024/407, 2024/408 und 2024/410

4668. 2024/407

Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:

Subventioniertes Rabattsystem für Familien oder Haushalte mit mehreren gleichzeitig fremdbetreuten Kindern, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2024/407, 2024/408 und 2024/410

Marcel Tobler (SP) begründet die Motion GR Nr. 2024/407 (vergleiche Beschluss-Nr. 3614/2024): Die Kinderbetreuung ist in der Schweiz sehr teuer. Damit bildet sie eines der Schlusslichter der westlichen Welt, was die Finanzierung von familienergänzender Kinderbetreuung betrifft. Die Lebenshaltungskosten für Familien steigen permanent. Ein Kinderbetreuungsplatz kostet schnell über 2000 Franken pro Monat. Auch für gut Verdienende ist das eine grosse Belastung, insbesondere mit zwei oder drei Kindern in der Kindertagesstätte (Kita), da die Preise aufsummiert werden. Für eine junge Familie ist das unmöglich zu stemmen. Es zwingt die Familie, die Arbeitspensen zu reduzieren, bis die Kinder von der teuren Kita in den gratis Kindergarten wechseln können. Ein Geschwisterrabatt ist da eine einfache Sache. Andere Gemeindewesen haben den längst eingeführt. In Zürich bieten einzelne Kitas 10 Prozent Rabatt an, wenn Geschwister in die gleiche Kita gehen. Auch wenn das löblich ist, ist das nicht die Lösung. Die Kitas sollen diese Rabatte nicht selbst schultern. Diese Motion nennt bewusst keine Beträge und ist offen formuliert. Dem Stadtrat wird kommuniziert, was wir wollen, aber nicht wie. Wir wollen es ihm überlassen, eine fundierte Vorlage auszuarbeiten, die an die städtischen Verhältnisse angepasst ist. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass er das Anliegen als Postulat entgegennehmen würde und argumentiert mit der Aufgabenlast im Kitawesen. Das anerkennen wir, es überzeugt uns aber nicht. Wenn der Stadtrat zu wenige Ressourcen hat, wird unsere Ratsseite bei einem entsprechenden Stellenantrag in der Budgetdebatte nicht opponieren. Darum bleiben wir bei der Motion.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Aktuell haben wir verschiedene Versionen der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB), die entweder in Bearbeitung oder mit Rekursverfahren hängig sind. Es gibt die momentan in Kraft gesetzte VO KB und zum anderen die Version, die Sie im letzten Jahr beschlossen haben. Gegen Letztere wurde ein Rekurs ergriffen, weshalb sie gerade dem Bezirksrat vorliegt. Dort geht es um die Frage der Finanzierung der Sockelbeiträge für Qualitäts- und Lohnmassnahmen von Kitas. Parallel läuft eine Parlamentarische Initiative (PI), die den Elterntarif senken soll. Dieser neue Vorschlag betrifft ebenfalls die VO KB. Wenn Sie ihn mit einem Postulat überweisen, geben Sie uns mehr Zeit, den Vorstoss zu bearbeiten, bis wir mit der angekündigten Totalrevision vor Sie treten. Bei Einreichung als Motion stehen die Chancen auf einen Antrag auf Fristerstreckung bereits hoch. Zürich stehe im internationalen Vergleich schlecht da, aber in der Deutschschweiz können uns bezüglich der finanziellen Mittel, die wir zur Verfügung stellen, nur wenige Städte das Wasser reichen. Ein internationaler Vergleich wird der Situation nicht gerecht. Das Anliegen selbst können wir nachvollziehen, das kann bei einer Gesamtüberprüfung des Systems angeschaut werden. Unser System hat mittlerweile ein grosses Volumen und eine ausgeprägte Komplexität. So wird die Einführung eines Geschwisterrabatts einige Prozesse nach sich ziehen. Personell befinden wir uns momentan nicht in einem Engpass, sondern wären wegen der Komplexität froh, wenn nebst den bestehenden Verfahren nicht zusätzliche hinzukämen. Darum wäre ich dankbar, wenn Sie das Anliegen als Postulat überweisen würden.*

Marcel Tobler (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2024/408 (vergleiche Beschluss-Nr. 3615/2024): *Der Vorgang der Subventionsbeantragung für familienergänzende Kinderbetreuung ist komplex, da das Schul- und Sportdepartement (SSD) sowie das Sozialdepartement (SD) involviert sind. Dementsprechend müssen Antragstellende zwei Formulare ausfüllen, um Subventionen zu beantragen. Mittels Steuerdaten prüft das SSD den Beitragsfaktor der Eltern, der den Umfang der Subventionen bestimmt. Dieser Prozess unterscheidet sich je nach Zivilstand der Erziehungsberechtigten. Für diesen Beitragsfaktor wird eine Bestätigung ausgestellt. Als nächstes benötigt man eine Bestätigung über den subventionsberechtigten Betreuungsumfang, der regelt, an wie vielen Tagen man Anspruch auf Subventionen hat. Die beiden Bestätigungen werden der Kita oder dem Hort abgegeben, die den tatsächlich zu bezahlenden Betrag berechnen. Dieser Prozess wiederholt sich jährlich und das ist kompliziert. Mit dem vorliegenden Vorstoss wollen wir den Prozess vereinfachen. Die Antragstellenden sollen eine Einwilligung unterzeichnen können, mit der die Stadt direkt auf die Steuerdaten zugreifen kann.*

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2024/408: *Die Kosten für die Kinderbetreuung werden bereits heute von den Erziehungspersonen, der Gemeinde und dem Bund übernommen. Leider haben die meisten Familien nur ein Kind. Darum würden sie von diesem Rabatt nicht profitieren und sich benachteiligt fühlen. Die Betreuung und Erziehung von Kindern ist die Aufgabe der Eltern. Falls sich beide Elternteile entscheiden, lieber arbeiten zu gehen und Karriere zu*



machen, gibt es heute genügend subventionierte Möglichkeiten für die Kinderbetreuung. Die andere Variante wäre, dass Verwandte die Betreuung übernehmen. Früher hat das auch funktioniert. Für alleinerziehende Eltern, bei denen keine Grosseltern einspringen können und die finanziell knapp bei Kasse sind, gibt es subventionierte Möglichkeiten. Die bisherige Praxis hat sich bewährt, darum lehnen wir die Motion und das Postulat ab.

Marcel Tobler (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2024/410 (vergleiche Beschluss-Nr. 3617/2024): Der Prozess, um Subventionen zu erhalten, ist holprig und könnte vereinfacht werden. Es gibt anspruchsberechtigte Personen, die nicht wissen, dass sie für die familienergänzende Betreuung Subventionen beziehen könnten. Seit dem Jahr 2021 geht die Anzahl Kinder mit subventioniertem Platz zurück. Beim Erstgespräch in einer Kita werden die Eltern oft über die städtischen Subventionen informiert. Viele gehen aber gar nicht zu diesem Erstgespräch, da sie sich bspw. im Internet über die Preise informieren und die Sache vor lauter Schreck fallen lassen. In diesen Fällen kommt es nicht zum Erstkontakt mit der Kita und die Eltern erfahren nicht, dass sie Anspruch auf einen subventionierten Platz hätten. Darum sollte die Stadt mit einem Rundschreiben alle werdenden Eltern über die Subvention informieren. So wäre sichergestellt, dass die Erziehungsberechtigten nicht abgeschreckt werden, in Erstkontakt zu treten.

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2024/410: Die Forderung betrachten wir kritisch. Eltern werden bereits in den Betreuungsinstitutionen über das Angebot informiert. Dafür braucht es den Stadtrat nicht. Er sollte sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und nicht als Informations- und Fürsorgestelle agieren. Dafür gibt es ein dichtes Netz an Betreuungsinstitutionen. Es zeigt sich immer wieder, dass politische Interessen mit dem Ausbau sozialpolitischer Strukturen verbunden sind. Bei diesem Vorstoss ist zu hinterfragen, ob es um das Wohl der Familien oder den langfristigen Machterhalt einer gewissen politischen Strömung geht.

Weitere Wortmeldungen:

Marita Verbali (FDP): Der Stadtrat sagt in seiner Antwort auf die Motion zum Rabattsystem zu Recht, dass dessen Einführung äusserst komplex wäre und enorme Ressourcen nötig wären. Ein pauschales Rabattsystem könnte negative Folgen haben. Kitas könnten staatliche Gelder erhalten, obwohl sie sie nicht brauchen. Somit würden Steuergelder verschleudert. Die FDP setzt sich für einen Abbau von Regulierungen und Bürokratie ein, damit die Kitas für die Eltern flexibler und kostengünstiger werden. Statt neue Subventionssysteme einzuführen, sollten die übertriebenen, unnötigen Anforderungen abgebaut und die Kosten für die Eltern so gesenkt werden. STR Raphael Golta zeigte auf, dass bereits viel gemacht wird und wir mit der externen Kinderbetreuung gut dastehen. Gegen die VO KB wurde ein Rekurs ergriffen. Da die geplanten Veränderungen bereits kontrovers sind und überprüft werden müssen, ergibt es keinen Sinn, weitere Änderungen anzubringen. Zudem plant der Stadtrat eine Totalrevision der VO KB für das Schuljahr 2030/31. Im Rahmen dieser umfassenden Überarbeitung könnten verschie-



dene Aspekte ganzheitlicher angegangen werden. Darum ist es nicht sinnvoll, jetzt isolierte Änderungen vorzunehmen. Das vorgeschlagene Rabattsystem ist nicht der richtige Weg. Man sollte stattdessen die Kita-Versorgung optimieren und ein einfacheres System mit Betreuungsgutscheinen einführen. Die FDP lehnt den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ab. Kitas können heute Rabatt gewähren, wenn sie wollen. Die FDP steht immer für effiziente und einfache Prozesse, darum stimmen wir dem Postulat GR Nr. 2024/408 zu. Anders sieht es beim Postulat GR Nr. 2024/410 aus. Die subventionierten Plätze gehen nicht zurück, weil die Leute sie weniger in Anspruch nehmen, sondern weil die Inanspruchnahme von Kitaplätzen in den letzten sechs Jahren deutlich gestiegen ist. Die Versorgungsquote stieg von 82,5 Prozent im Jahr 2019 auf 97,4 Prozent im Jahr 2024 an. Das zeigt, dass es keine weiteren Informationen braucht.

Karin Stepinski (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion ist für Prozessvereinfachungen und Straffungen. STR Raphael Golta führte aus, wieso er den Vorstoss als Motion ablehnt. Das tun wir ebenfalls. Der Zeitpunkt stimmt gerade nicht. Auch als Postulat lehnen wir ihn ab, da die Totalrevision ansteht und das Anliegen dann bearbeitet werden kann. Dem Postulat GR Nr. 2024/408 stimmen wir zu, da es den belasteten Eltern den Prozess vereinfacht. Auch Postulat GR Nr. 2024/410 ist sinnvoll, da es keine grosse Aufgabe ist, die Eltern direkt bei der Geburt über die Angebote zu informieren. Auch wenn viele Eltern das Angebot bereits nutzen, ist es wichtig, dass alle erreicht werden. Besonders wenn man als frische Eltern belastet ist, ist es gut, wenn einem die Informationen sozusagen zufliegen. Darum stimmt die Die Mitte/EVP-Fraktion dem Postulat zu.

Ronny Siev (GLP): Die GLP unterstützt die Motion GR Nr. 2024/407, wenn sie als Postulat überwiesen wird. Der Stadtrat beschrieb, wieso die Situation in der Verwaltung gerade kompliziert ist. Es ist im Hinblick auf die Revision nicht der richtige Zeitpunkt, das Anliegen jetzt einzureichen. Wir sind immer für Prozessvereinfachungen, wie sie im Postulat GR Nr. 2024/408 gefordert werden. Interessant finde ich, dass die Parteien, die einen staatlichen Zugriff auf Steuerdaten beim gemeinnützigen Wohnraum als Eingriff sahen, diesen bei der Kinderbetreuung in Ordnung finden. Bei einer Geburt müssen sich Eltern an viel Neues gewöhnen, darum kann es ihr Leben erleichtern, wenn wir ihnen einen Informationsbrief zusenden. Dem Postulat GR Nr. 2024/408 stimmen wir zu.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Die Lebenshaltungskosten steigen weiter und die Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit ist immer noch anspruchsvoll. Für Familien mit mehreren Kindern ist die Situation häufig noch schwieriger. Gemeinsam mit der AL und der SP setzen wir Grünen uns dafür ein, dass Familien in der Stadt entlastet werden. Gleichstellung soll möglichst schnell nachhaltig gefördert werden. Kitas leisten einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, Gleichstellung und Chancengerechtigkeit. Sie müssen jedoch für alle bezahlbar sein. Dazu leisten die Vorstösse einen wichtigen Beitrag, weil sie Subventionen angehen. Die drei Postulate sollen da ansetzen und die Zugänglichkeit zu den Kitas niederschwelliger für alle machen. Es braucht Anpassungen bei Familien, die mehrere fremdbetreute Kinder haben, eine Vereinfachung der administrativen Prozesse und mehr Informationen zu den Subventionsmöglichkeiten.



Moritz Bögli (AL): Die Aussage, dass Care-Arbeit schon früher gratis war und es darum so bleiben kann, finde ich fragwürdig. Die FDP findet, der Zeitpunkt für die Vorstösse sei schlecht, weil einer aus ihren Reihen Rekurs eingelegt hat. Ronny Siev (GLP), es gibt einen Unterschied zwischen direkten Geldbeiträgen wie bei der Kita und einem gemeinnützigen Wohnbau, der sich selbst finanziert. Schlussendlich ist die Frage klar: Wollen wir die Kitas dieser Stadt zugänglich machen oder nicht? Die Antwort sollte bei allen Ja und darum zustimmend sein. Wenn Kitas für alle erschwinglich sein sollen, kommen wir nicht um die Geschwisterfrage herum. Die AL überweist alle Vorstösse.

Marita Verbali (FDP): Moritz Bögli (AL), wieso meinst Du, dass der Rekurs von der FDP kam? Das ist meines Wissens eine Falschaussage.

Marcel Tobler (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Von der Begründung des Stadtrats sind wir nicht überzeugt. Wenn die Bearbeitung zu sehr hohem Mehraufwand führt, kann man einen entsprechenden Stellenantrag stellen.

Die Motion wird mit 60 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4669. 2024/408

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:

Vereinfachung des Prozesses für die Beantragung und Erlangung von Subventionen für die familienergänzende Betreuung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/407, Beschluss-Nr. 4668/2025

Marcel Tobler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3615/2024).

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 104 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

4670. 2024/410

**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Information aller Eltern bei Geburt eines Kindes über die städtischen Sub-
ventionsbedingungen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/407, Beschluss-Nr. 4668/2025

Marcel Tobler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3617/2024).

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat